

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in
Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin W 57
Winterfeldtstr. 24 (Redakteur: Emil Dittmer)
Fernsprecher Rint Löhov Nr. 2746

Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags-Bezugspreis
vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 2 Mk.
Postzeitungsliste Nr. 3164

Inhalt: Die Wohnungsfrage. — Kriegserfahrungen und Ernährungs-
wissenschaft. — Aus den Stadtparlamenten. — Aus den deutschen
Gewerkschaften. — Rundschau. — Eingegangene Schriften und Bücher.
— Totenliste des Verbandes. — Feuilleton: Familienleben und
Gewerkschaft. — Eis und Disteln.

Verschlechterung der sozialen Lage, Einschränkung der Frei-
zügigkeit und wirtschaftliche und politische Gebundenheit be-
deutet, werden sich die Gewerkschaften nicht dagegen auf-
lehnen.

Ich will mich aber zur Bevölkerungsfrage hier nur auf
das engere Gebiet beschränken: die Sterblichkeit und den
Geburtenstand während des Krieges.

Von Seuchen blieben wir während des Krieges fast ganz
verschont. Etwa 10 000 Opfer forderte 1917 die Ruhr. Ver-
hängnisvoller sind die schleichenden Wirkungen des Hungers
und der Entbehrungen, sowie seelische Erschütterungen. Be-
sonders alte Leute fielen diesen schweren physischen und seeli-
schen Anforderungen zum Opfer. In Berlin starben vom
Januar bis August 1917: 10 818 Personen über 60 Jahre
gegenüber 6900 der gleichen Zeit des Vorjahres. Die Zahl
der Verstorbenen unter 60 Jahren stieg von 11 000 auf 13 500.
Nimmt man an, daß im Reich diese Entwicklung eine äh-
nliche war, so sind in 40 Kriegsmonaten eine Viertelmillion
Zivilpersonen mehr verstorben als in den letzten Friedens-
monaten. Dazu kommen noch anderthalb Millionen Todes-
fälle von deutschen Heeresangehörigen. Das sind 1 7/4 Millio-
nen vorzeitig beendeter Menschenleben!

Trotzdem könnten wir der Zukunft noch mit einiger Zu-
versicht entgegensehen, wenn der Krieg nicht auch die Ent-
stehung neuer Menschenleben verhindert hätte. Schon vor
dem Kriege stand das Deutsche Reich im Zeichen des Ge-
burtenrückganges. 1890-1908 betrug die Zahl der Geburten
rund 2 Millionen pro Jahr. 1914 nur noch 1 820 000, 1915:
1 146 000, 1916: 1 103 000, 1917 wird 1 Million kaum er-
reicht sein. Es sind also in den ersten 40 Kriegsmonaten
2 Millionen Menschen weniger geboren wie in den gleichen
Friedensmonaten. Während wir im Frieden einen Geburten-
überschuß von 2,7 Millionen hatten, übertreffen jetzt die
Sterbefälle die Geburten um mindestens 700 000. Dieses
Mißverhältnis nimmt mit der Dauer des Krieges progressiv
fortgesetzt zu. Damit wird auch der Altersaufbau ein ganz
anderer. 1901 hatten wir 6 Millionen Kinder unter vier
Jahren, 1918: 3 Millionen. Das weibliche Uebergewicht in
der Zusammensetzung der Bevölkerung wird sich von 2 1/2 auf
7 bis 8 Proz. steigern. Unsere Bevölkerung wird also einer-
seits wesentlich älter und andererseits mehr weiblicher sein,
was natürlich auch auf die Leistungsfähigkeit einen großen
Einfluß hat. Zur Wiedergewinnung des Volkskörpers muß
also auf Verminderung der Sterbefälle sowie Vermehrung
der Geburten hingewirkt werden. Um das erstere zu erzielen,
muß die Volkshygiene stärker einsehen und neben den
vielen Forderungen auf Infraktionierung der Arbeiterkinder-
gehe, insbesondere auch der Wohnungsfrage größere
Bedeutung beigemessen werden. Wir brauchen bessere Woh-
nungsaufsicht, Wohnungsämter, Wohnungsnachweise, Vetei-
ligung der Arbeiterorganisationen an Aufsicht und Kontrolle.
In der Bevölkerungsfrage spielt die Wohnung gleichfalls
eine große Rolle. Bis auf den heutigen Tag muß der Kinder-

Die Wohnungsfrage.

Vorbemerkung. In unserer Berliner Filiale
hielt am 7. März Genoss. Hermann Silber Schmidt
(Mitglied des Reichstags) einen interessanten, mit reichem
Material belegten Vortrag über die Wohnungsfrage. Da
der Referent im Reichswohnungsausschuß tätig
ist und auch als Mitglied des Bauarbeiterverbandes besondere
Eachkenntnis auf diesem Gebiete besitzt, waren seine Aus-
führungen zweifelsohne von weittragender Bedeutung, wie
auch der lebhafteste Beifall bewies, den unsere Kollegen
spendeten.

Die hohe Bedeutung der Wohnungsfrage für die arbei-
tende Bevölkerung, insbesondere auch für die Gemeinde-
und Staatsarbeiter, wird nicht nur während des Krieges,
sondern vielmehr noch nach dem Kriege erst allseitig klar er-
kannt werden. Die Gemeinden können einen weitzei-
chenden Einfluß auf die Gestaltung der Dinge auf diesem Ge-
biet gewinnen. Es ist aber auch allen Kollegen dringend
zu empfehlen, sich mit nachfolgenden Darlegungen, die einem
Auszug aus dem Vortrage entstammen, gründlich vertraut zu
machen.

Die Redaktion.

Die Wohnungsfürsorge nach dem Kriege ist ein Teil
der großen und wichtigen Bevölkerungsfrage. Alle
Männer der Wissenschaft und des sozialen Lebens,
die unserem Volke eine gesunde Entwicklung wünschen und
erhoffen, daß Deutschlands Volkswirtschaft unter den Völkern
der Erde seine Entwicklungsstufe beibehält, stellen als wich-
tigste Forderung auf: Deutschland muß nach dem Kriege
Menschenökonomie treiben.

Um die Wichtigkeit dieses Grundfahes zu zeigen, ist es
erforderlich, ein kurzes Streiflicht auf die Bevölkerungsfragen
während des Krieges zu werfen. Man kann unter „Menschen-
ökonomie“ allerdings vielerlei verstehen, so z. B. Erparnis
der menschlichen Arbeitskraft durch umfangreiche Anwendung
technischer Arbeitsinstrumente (Maschinen), Ausdehnung des
rationellen Kleinbetriebes, rationellere Betriebsformen,
bessere Ausnutzung der Rohstoffe, Anwendung neuer Stoffe,
wie Luft, Wasserkraft usw. Profitgierige Unternehmer
denken bei dem Begriff „Menschenökonomie“ auch an schö-
nungslose Ausnutzung der Arbeitskraft. Doch hat das damit
Wohl zu tun, wie etwa die Nächstenliebe des Wolfes, der die
Lans anforderte, in der milden Abendluft einen gemein-
schaftlichen Spaziergang zu unternehmen.

Zweit es sich um eine vernünftige Entwicklung handelt
und diese keine größere Ausbeutung der Arbeiterschaft, keine

reiche auf die Wohnungssuche gehen unter großen Schwierigkeiten. Die Aufzucht und Erziehung der Kinder muß mit Mitteln des Staates und der Gemeinden stärker unterstützt werden. Der Schutz der schwangeren Frauen und Mädchen muß weiter ausgedehnt werden durch Unterstützung und Fürsorge. Unentgeltliche Entbindung und Beihilfe für Wöchnerinnen und dem Säugling müssen von den Gemeinden geleistet werden.

Wer mehr als zwei Kinder hat, sollte sich auch in der Großstadt nicht mit Stube und Küche begnügen müssen, in denen womöglich noch Sonne und Luft fehlen.

Wollen wir als Volk bestehen, so müssen wir lernen, die Volkswirtschaft als Mittel für die Allgemeinheit zu betrachten und nicht als Zweck zur Bereicherung weniger. Der einzelne Mensch muß als Volksgenosse und nicht als Arbeitsinstrument angesehen werden. Das ist der Weg zu verminderter Sterblichkeit und gehobener Geburtenzahl.

Will man den Gründen für die Wohnungsnot und den Wohnungsmangel, der sich schon jetzt im vierten Kriegsjahr zeigt, nachgeben, so ist die fehlende Bautätigkeit an vielen Orten Ursache dafür.

Die Hausbesitzervereine haben zwar bis in die jüngste Zeit diese Wohnungsnot bestritten, andererseits weisen Fachleute auf die drohende Gefahr hin, die entstehen muß, wenn die zurückkehrenden Massen der Heeresangehörigen untergebracht werden müssen. Beispiele aus dem Jahre 1870/71 sollten uns in dieser Beziehung eine Warnung sein. Der Bedarf an Wohnungen im Reich ist nach den Ausführungen Dr. N u c z y n s k i s (abgedruckt in Nr. 10, S. 158, der „Gewerkschaft“) bei weitem nicht ausreichend. Man rechnet mit einem Fehlbetrag von 750 000 Wohnungen, die bereits am Ende des ersten Friedensjahres hergestellt werden müßten. Der Gesamtausfall von Eheschließungen dürfte 3/4 Millionen betragen, dazu kommen 200 000 Kriegerfrauen, die zurzeit keine eigene Wohnung haben; ferner die Jungweiber und Witwen, die bei der Einberufung eine eigene Wohnung hatten, endlich auch die zahlreichen Ausland-Deutschen, die nach dem Kriege in der Heimat wohnen wollen. Insbesondere liegen die Wohnungsverhältnisse in Berlin schon jetzt äußerst bedenklich. Nach einer Erhebung im Mai 1917 in Groß-Berlin zählt man die Zahl der Kriegerfrauen, die bei Rückkehr ihres Mannes eine eigene Wohnung brauchen, allein auf 16 000. Dazu kommen 10 000 Kriegergetraute usw. Aber selbst wenn man annehmen wollte, daß die vorhandenen Wohnungen ausreichen, bis zum Schluß des ersten Friedensjahres müßten in den 26 Groß-Berliner Gemeinden doch mindestens 40 000 Wohnungen hergestellt werden, nur um den verheirateten Kriegern die aufgeschobene Eheschließung und damit die Gründung eines eigenen Hausstandes zu ermöglichen.

Die Wohnungsnot tritt auch wo anders bereits stärker in Erscheinung. So konnten in heftigen Städten im Oktober 1917 Familien wiederholt nicht untergebracht werden. In Münster blieben 25 Familien auf der Straße. In Herne, Bochum, Hagen, Ludwigshafen, Kiel, Spandau, Waandenburg, Merseburg, Wittenberg und vielen anderen Orten herrscht bereits bittere Wohnungsnot. Die Zeitungen bringen Anzeigen, wonach Bewerber um Wohnungen hohe Summen für die Vermittlung anbieten. Auch bei den Mietsteigerungs-ängstern zeigt sich das gleiche Bild. Die Mündernagen und Steigerungen durch Hauswirte häufen sich und die Mieter wehren sich verweigert, um wenigstens in der Wohnung bleiben zu können. Selbst die ärmsten Kriegerfrauen nehmen lieber eine 10 Prozentige Mietsteigerung in Kauf, um nicht die hohen Umzugskosten tragen zu müssen und vor der noch schlimmeren Sorge zu stehen, keine geeignete billigere Wohnung zu bekommen.

Die Wohnungsnot wird damit eine Frage von allgemeiner sozialer und volkswirtschaftlicher Bedeutung. Die darunter am schwersten leiden, sind unsere Volksgenossen, unsere Mitglieder in den Gewerkschaften. Darum müssen die

Organisationen dieser drohenden Volksgefahr gesteigertes Interesse entgegenbringen.

Wie ist nun dieser Wohnungsnotstand zu lindern? Die Hausbesitzer, Grundstückspekulanten und ähnliche Interessenten wünschen natürlich sobald wie möglich wieder „das freie Spiel der Kräfte“, wie es vor dem Kriege war. Wir aber sind anderer Meinung. Darum haben die Gewerkschaften, die Angestellten und die technischen Verbände in ihren gewerkschaftlichen Forderungen zur Übergangswirtschaft auch die Wohnungsfrage berücksichtigt, d. h. Reich, Staat und Gemeinden sollen mit besonderen Mitteln den Wohnungsabbau fördern und selbst die Initiative dazu ergreifen. Als Ergänzung zur privaten Bautätigkeit und gemeinnützigen Genossenschaft für Kleinwohnungs- und Ziehlungsbaue muß großzügige staatliche Wohnungsreform treten. Denn die Wohnungsfrage betrifft das allgemeine Wohl. Von der guten oder schlechten Lösung wird das Bestehen und die Entwicklung der Nation entscheidend beeinflusst.

Einige erfreuliche Fortschritte sind ja auch mittlerweile zu verzeichnen. So das preussische Wohnungsgesetz, das am 8. März 1918 vom Herrenhaus endgültig genehmigt worden ist. Neu daran ist die Bewilligung von Geldmitteln für den allgemeinen Wohnungsbedarf. Bisher wurden nur Mittel bereitgestellt für die staatlichen Arbeiter, Angestellten und Beamten.

Auch in Bayern, Baden und Sachsen ist die Wohnungsreform im Gange.

Nach der Rede des Reichskanzlers vom 25. Februar 1918 ist das Reich bereit, die Einzelstaaten und Gemeinden organisatorisch und finanziell zu unterstützen bei Bekämpfung der Wohnungsnot. Die sozialdemokratischen Mitglieder des Reichswohnungsausschusses haben dem Reichstag folgende Entschließung am 19. Februar vorgelegt, die aber noch nicht zur Verabschiedung gekommen ist:

Der Reichstag wolle beschließen:
der Reichsregierung nachstehende Maßnahmen zur Abhilfe der nach dem Kriege drohenden Wohnungsnot vorzuschlagen:

1. Aus den Erträgen der nächsten Kriegsanleihe sind 500 Millionen Mark zur Vergabe von Pantkapital auszuheben und für die Zeit nach dem Friedensschluß verwendungsbereit zu halten.

2. Die bei der Deereverwaltung lagernden Baumaterialien sind, soweit sie nicht von dieser selbst dringend gebraucht werden, bei Kriegsende der Reichsregierung zur Weitergabe an diejenigen Gemeinden, in denen Wohnungsnot herrscht, zur Verfügung zu stellen.

3. In die Linie der nach Friedensschluß in erster Linie aus dem Here zu entlassenden Kampftruppen sind die zur Verhüllung von Wohnungen nötigen Angestellten und Arbeiter aufzunehmen. Sie müssen zunächst dort beschäftigt werden, wo Wohnungsnot die rasche Erhaltung neuer Wohnungen nötig macht. Dabei soll Vorbezug gewährt werden, daß sie möglichst in der Nähe ihrer bisherigen Heimat Verwendung finden.

4. An allen Orten, wo der Eintritt eines Wohnungsnotstandes nach dem Kriege zu erwarten ist, sind schon jetzt Vorbereitungen zur Beschaffung geeigneten und Aufschichtung billigen Baulandes zu treffen.

5. Es sind schon jetzt Pläne für alle wichtigen Typen des Kleinwohnungsbaues (Miets- und Eigenhäuser, Ein-, Zwei- und Mehrfamilienhäuser, Häuser für kriegsreiche Familien, Einzelbauten, Nebenbauten und Ziehlungsbauten) entsprechend den Bedürfnissen der einzelnen Bundesstaaten und Provinzen vorzubereiten.

6. Zur Vorbereitung einer künftigen raschen Wohnungsproduktion ist sofort eine allgemeine Statistik der leerstehenden Wohnungen im Reich zu leiten, deren Ergebnis in kurzen Zwischenräumen regelmäßig zu veröffentlichen ist.

7. Die Leitung einer planmäßigen Wohnungsproduktion nach dem Kriege hat das Reichswirtschaftsamt als Zentralbehörde für Übergangswirtschaft zu übernehmen. Alle Vorbereitungen und Maßnahmen dafür sind von ihm im Einklang mit den

schaft mit den Bundesstaaten zu treffen. Bauausführungsbereitstellungsstellen sind die Gemeinden. Bei allen Gemeinden, in denen Wohnungen in größerer Anzahl erstellt werden müssen, sind Wohnungsämter zu errichten bzw. ist ihre Errichtung schon jetzt vorzubereiten. Die Gemeinden begeben auf Grund genauer Verträge mit Reich und Einzelstaat die von diesen hergeliehenen Kapazitäten.

Auch die Gemeinden rüsten allgemach. Leider infolge der fehlenden Rohmaterialien und Menschenkräfte recht langsam. Nebulich steht es bei den Bau- und Siedlungsgenossenschaften, wobei daran erinnert sein mag, daß bisher 97 Proz. aller Bauten privat ausgeführt wurden und nur 3 Proz. genossenschaftlich. Auch nach dieser Richtung hin müssen die Bau- und Siedlungsgenossenschaften besser unterstützt werden, vom Staat und den Gemeinden durch Kapitalbeilegungen mit mäßigen Zinsfuß und zur Verfügung stellen größerer Baugelände zu erträglichen Preisen. Andererseits müssen aber auch die Arbeitermassen den Baugenossenschaften ein regeres Interesse entgegenbringen wie bisher.

Auch das Reichswirtschaftsamt wird der Wohnungsfrage fortdauernd ein größeres Interesse entgegenbringen müssen zur Förderung, Leitung und Kontrolle.

In Berlin ist insbesondere die kommunale Zerplitterung ein gewaltiges Hemmnis. Aber zur Landbeschaffung kann doch der öffentliche Besitz von Reich, Land- und Forstfiskus viel beitragen. Ebenso können die Kirchengüter und die Gemeinden viel Land billig, ja umsonst als Baugelände hergeben.

Schwieriger ist schon die Frage der Geldmittelbeschaffung. Die Baukosten betragen zurzeit 150 Proz. über den Friedenspreis. Sie werden auch nach dem Siege noch 50 Proz. höher sein wie vor dem Kriege. Hier muß der Staat eingreifen, und die Sozialdemokraten haben bereits die Summe von 500 Millionen dafür gefordert. Andererseits wird der Staat sich Garantie geben lassen müssen für gute, solide Bauweise. Er wird auch auf den Stand der Mieten usw. einwirken.

Die Baustoffe sind bei dem fehlenden Mangel an Rohmaterialien natürlich recht schwer zu beschaffen. Die wichtigsten sind: Steine, Holz, Eisen, Zement, Zelle usw. Aber auch die Stolle, die Verkehrsfrage und die Transportmittel spielen eine gewaltige Rolle beim Wohnungsban. Die Arbeitskräfte hingegen werden nach dem Kriege leichter bereitgestellt werden können.

Die Organisation des Ganzen wird in der Hauptstadt in eine Zentralstelle des Reichswirtschaftsamts vereinigt, die im Einvernehmen mit den Bundesstaaten zu arbeiten hat. Im Bundesstaat müssen ebenfalls Zentralstellen vorhanden sein und endlich haben die Gemeinden in

ihren Wohnungsämtern bereits jetzt eine Instanz, die entsprechend weiter ausgebaut werden kann. Vor allen Dingen muß die ungelige Zerplitterung auf diesem Gebiete überwunden werden. Besonders wäre der Zusammenschluß der Groß-Berliner Gemeinden zur Bekämpfung der Wohnungsnot zu begrüßen. Auch der Zweckverband könnte hierin eine große Aufgabe sehen.

Wollen wir nun am Schluß auch die Aufgaben der Gewerkschaften zur Wohnungsfrage kurz betrachten, so ist grundsätzlich als richtig anzuerkennen, daß wir an dem Wiederaufbau unserer Wirtschaft und deren sozialen Einrichtungen mitarbeiten wollen. Die Gewerkschaften haben von jeher darauf gehalten, nicht nur zu kritisieren, sondern mitzuwirken. Wollen wir der Mißstände auf dem Gebiete des Wohnungswesens Herr werden, so müssen wir an deren Bekämpfung eifrig mitarbeiten. Es handelt sich um die Lebensinteressen der Volksgenossen und unserer Mitglieder. Sowohl die Gesundheit als auch das seelische Wohl wird in erheblichem Umfang durch die Wohnungsfrage bestimmt. Auch die materielle Seite (Mietsteigerungen) ist für das Arbeiterbudget von großer Bedeutung. So werden also die Gewerkschaften sich nach Kräften betätigen müssen durch positive Anteilnahme an der Produktion von Wohnungen (Eintritt in die Bau- und Siedlungsgenossenschaften), aber auch durch tatkräftige Mitarbeit in all den öffentlichen Körperschaften, wo diese Frage zur Verhandlung steht. Wir müssen uns als Gewerkschaftsmitglieder vor Augen halten, daß die drohende Wohnungsnot das Volksganze trifft und daß es höchste Zeit ist, wenigstens die Vorarbeiten zur Bekämpfung zu unternehmen.

Der gegenwärtige Stand dieser Bekämpfung der Wohnungsnot steht noch immer im Stadium der Vorbereitung, und es liegt im Interesse der Gewerkschaften, hier fortdauernd anzutreiben zur Verwirklichung.

Wir müssen also verhindern, durch positive Mitarbeit in den Gemeinden die Dinge vorwärts zu treiben. Wir sind als Gewerkschaftsmitglieder Staatsbürger und Bürger in den einzelnen Gemeinden. Überall müssen wir von unseren Stadtverordneten und sonstigen Vertretern verlangen, daß sie ihre Schuldigkeit in dieser Frage tun.

Deutschland kann nur als Volk bestehen, wenn sein Aufstieg sich in gleicher Weise vollzieht, als das in der Vergangenheit der Fall war. Ein Land, das durch übergroße Sterblichkeit gefährdet ist, das unter Erdrückung leidet, kann auch den friedlicheren Wirtschaftskampf der großen Kulturvölker nach dem Kriege nicht bestehen.

Es muß uns gelingen, unserer Bevölkerung nach dem Kriege ausreichende und gesunde Wohnungen zu beschaffen.

Kriegserfahrungen und Ernährungswissenschaft.

Unter diesem Titel hat der Bezirksauswahlsarkrobe des Kriegsauswahls für Konsumenteninteressen eine Schrift des 2. Vorsitzenden des Badischen Landesverbandes Hans Prull heraus, in der dieser an der Hand von wissenschaftlichen Gedankengängen und praktischen Beobachtungen gegen den Versuch Stellung nimmt, unsere jetzige unzureichende Ernährung durch allerlei Tölpel, Verordnungen und Vorkommnisse zu einer hinlänglichen zu kempfen. Der Einfluß der Ernährungsphysiologie und phisiologen läßt ihn die Gefahr einer dauernden Herabdrückung der Volks-ernährung, auch für die Friedenszeit, befürchten, nachdem angeblich der Krieg die Ansichten der Autoritäten der Ernährungsphysiologie über den Nährstoffbedarf umgestoßen hat. Wir geben hier die Hauptpunkte der empfehlenswerten Schrift wieder. Die Kriegszeit mit ihrem verminderen Fett- und Eiweißgehalt, mit ihrer Verzögerung des die zugeführte Kohlenhydratmenge enthaltenden pflanzlichen Stoffanstroms, hat nach Feststellung mancher Ernährungsphysiologen und Aerzte den Gesundheitszustand nicht ungünstig beeinflusst. Die Erhebungen der Schulärzte und die geringen Unterernährungsbeträge der Krankenstaf-

fen, bezeugen das. Aber wie wenig zahlreich und wie notwendig überflüssig fanden die schularztlichen Untersuchungen statt. Wie schwer ist es, sich erst entwickelnde Schwädigungen des jugendlichen Organismus nachzuweisen und wie offenbar widerspricht die erhöhte Sterblichkeit der Krankenstaffenmitglieder ihrem der Statistik zufolge höherem Gesundheitsbefunde! Die Unterernährungsfrage der Massen sind durch das Sinken des Geldwertes ganz unzureichend geworden. Lohne Verdienstmöglichkeiten wanken und so drängen Not und Armut auch die Verdenden zum „Durchhalten“ in der Arbeit. Also der wissenschaftlich hatzige „Beweis“ ist mit logischen Fehlern behaftet und den gefühlsmäßigen Gegenbeweis erfahren wir alle am eigenen Leibe durch unser verabschiedetes Gesamtbefinden und unser verminderter Leistungsfähigkeit. Und das, trotzdem die angenommene Fett-, Eiweiß-, Kohlenhydratmenge, wie sie Prull A. V. aus den Angaben der Erhebung des Kriegsauswahls für Konsumenteninteressen, von Juli 1916, herausrechnet, in ihre Ernährung an den neueren Anforderungen mancher Ernährungsphysiologen g. nach als nicht schlecht erscheinen läßt. Unsere viel berufene „Mutterernährung“ der Friedenszeit war -- soweit wir

uns damals nicht als genußsüchtige Refordesteuer, wie es die Kriegsgewinner noch jetzt inmitten aller Not tun können, mit Eiweiß und Fett überladen — in Wirklichkeit nur eine reichlich auskömmliche Eiweißbedarf kann nicht beliebig herabgesetzt werden, soll der Körper nicht, mit seiner Ernährung hart die Dürftigkeit streifend, die Fähigkeit des Widerstehens und Aushaltens einbüßen. Unter 100 Gramm tägliche Eiweißzufuhr können wir nicht, im Durchschnitt, herabgehen, wenn Erjak und Ergänzung nicht unter der Unzulänglichkeit des Baumaterials leiden sollen. Ob wir tierisches oder pflanzliches Eiweiß erhalten, ist nach Prull, eines ausgesprochenen Vegetariers Ansicht, ziemlich belanglos. Nach erfolgter Gewöhnung an vegetabilische Nahrung, bei zureichender Fettzufuhr und richtiger Auswahl der Pflanzenteile, genügt es, wenn ein Drittel der notwendigen Eiweißmenge vom lebenden Tiere stammt. Er verspricht sich vom Uebergang zum Vegetarismus einen „der größten Kulturfortschritte, den Vorschritt mit der tierischen Vergangenheit der Menschen, ein humaneres und edleres Menschengeschlecht“. Man braucht davon nicht überzeugt zu sein (Japaner!) und kann doch Prulls hygienisch-dänischen Thesen zustimmen. In der Tat würden wir ungeheure Nährwerte ersparen, wenn wir den Umweg über das Tier vermeiden, soweit organisch Kohlenhydrate, Fett, Eiweißarten der pflanzlichen Nahrung vermögen uns durchaus zu befriedigen, wenn wir nur hinreichend davon bekommen. Daß der städtische Stubenarbeiter durch den Ballast großer Pflanzennahrungsmengen, die er der Länge seines Darms und der Beschaffenheit seiner Verdauung nach nur schlecht oder gar nicht (Gallusoße) ausnutzen kann, belästigt wird, daß er also schwerlich auf die Zufuhr konzentrierter Nahrungsmittel in Gestalt von tierischem Eiweiß und Fett verzichten kann, dürfte auch Prulls Meinung entsprechen. Beim Landarbeiter steht es anders. Auf alle Fälle aber braucht der Körper eine reichliche Fettmenge, zur Gewunderhaltung seines Nervensystems, zur Anwechselfähigkeit durch Vorratsaufnahme. Der arbeitende Kulturmenschen kann nicht die erforderliche Fettmenge aus den zugeführten Molekülen erzeugen. Er kann also nicht, wie die Vegetarier Hindbäckerei Lehren behaupten, mit eiweiß- und fettarmer Nahrung auskommen! Die von Hindbäckerei empfohlene Kost des dänischen Landarbeiters enthält täglich etwa 60-80 Gramm an Eiweiß und 100 Gramm Fett. (Täglich!)

Die Lehren der Einbräunungstheoretiker sind also abzulehnen. Die „Überernährung“ der unteren und mittleren Volksschichten in

der Friedenszeit ist eine unbewiesene Behauptung. Die damalige langsame Verbesserung der Ernährung war die Vorbedingung für die erfolgreiche Bekämpfung der Volksjucken und die Herabsetzung der Sterblichkeit, Entwicklungen, die bei der Kriegskost aber rückläufig geworden sind. Die gute Ernährung der letzten Jahrzehnte befähigte unser Volk und auf seinen unferer Gauer im Weltkriege entsprechend die gleichfalls „überernährten“ Engländer, das Rudikat der Mittelmächte zu bilden, sie bewirkte, daß wir die Kraft hatten, die Welt durch geistige und körperliche Leistungen, durch Energie und Zähigkeit in Erfahrung zu versehen. Soll unser alter Platz in der Weltwirtschaft behauptet bzw. zurückerobert werden, so brauchen wir Sozialhygiene im weitesten Umfange.

Ausreichende Ernährung ist einer ihrer Eckpfeiler. Wer also die Wohlfahrt der Nation will, muß für die Rückkehr zur reichlichen Ernährung vergangener Zeiten eintreten, für die Beseitigung der jetzigen Unterernährung, sobald es die Verhältnisse gestatten.

• Aus den Stadtparlamenten •

München. Auf Veranlassung einer gemeinsamen Eingabe unseres und des christlichen Verbandes letzte der Magistrat die Feuerungszulage ab 1. Februar 1918 auf täglich 1 Mk., die Stempelzulagen auf 30 Pf. fest. Außerdem wurde eine einmalige Feuerungszulage von 60 Mk. und für jedes Kind 20 Mk. genehmigt.

Heidenheim. Am 28. November 1917 stellte unser Vorsitzender Kollege Weiskaller in seiner Eigenschaft als Gemeindebevollmächtigter den Antrag, es wolle die Gemeinde der städtischen Arbeiter der Feuerungszulage erhöht werden. Außerdem wolle man die Feuerungszulage auf höhere Sätze festlegen. Die städtischen Kollegien beschloßen daher in einer Sitzung vom 20. Januar, die Löhne der städtischen Arbeiter täglich um 50 Pf. zu erhöhen. Außerdem wurde die Feuerungszulage wie folgt festgelegt: Arbeiter ohne Kinder erhalten bisher 80 Pf., 1 Mt., 1 bis 3 Kinder bisher 1,10 Mt., 1,60 Mt. und mit 4 und mehr Kindern bisher 1,50 Mt., 2 Mt. pro Tag. Die Löhne verbleiben sich jetzt ohne die Feuerungszulage für gelehrte Arbeiter 6 Mt. pro Tag, für ungelernete 1,50 bis 5,50 Mt. Die heiligen Kollegen wollen bedenken, daß diese unerhörte Verschönerung nur der Verbandsorgane zu verdanken ist, weshalb die Mitglieder unseres Verbandes werden mühen.

Familienleben und Gewerkschaft.

Erdbeben, Feuersgefahr und Ueberflutungen wirken als unabänderliche Naturkatastrophen oft furchtbar. Der Mensch kann ihnen mit allerhand Hilfsmitteln entgegenstreben und die Wirkungen abschwächen. Beim Krieg in der heutigen Form und in dem noch nie dagewesenen Umfang sind die grausigen Wirkungen schon kaum mehr in zahlenmäßiger Form auszudrücken. Würden wir alle innerlichen Schmerzen und Zerwürfungen mit Augen sehen können, wäre das Bild kaum mit Worten des Schreckens zu schildern.

Wie arg hat der Krieg das Familienleben der Arbeiterklasse mitgenommen, verändert und alle Bande gelockert. Da mußten Vater und Söhne die Mutter und Schwestern verlassen, der Geliebte die Braut. Die sonst sorgende Hausmutter gab für die Fabrikarbeit ihre häusliche Pflichten hin. Nach Feierabend erst wurde sie wieder Hausfrau. Die früher im Kontor oder Magazin tätigen Töchter gingen hin und schufen an der Drehbank Granaten, Munition. Die schulpflichtigen Kinder und die noch jüngeren sind tagsüber allein, vielleicht unter Aufsicht von fremden Leuten, während die Mutter in der Fabrik tausend Anstände um ihre Lieben durchlebt und der Mann draußen an der Front steht.

Zugegeben: Staat und Gemeinde und private Hilfe haben im Zusammenwirken viel materielle Not beseitigt, da und dort manchmal sogar mehr getan, als man erwarten konnte in materieller Beziehung; aber die seelischen Nöte, die schlaflosen Nächte und ungezählte Sorgen der liebenden und durch die geheiligten Banden des Blutes verknüpften Menschen untereinander konnte keine Liebesfähigkeit und Kriegshilfe mildern. Wieviel Herzen mag nun wohl das grausame Kriegsschicksal gebrochen, wieviel Wünsche und Hoffnungen vernichtet haben!

Das Familienleben des Proletariats erhitet unter dem Druck des Krieges ein ganz anderes Gesicht. Die Lebensmittelfrage steht im Mittelpunkt. Daneben reihen sich Sorge an Sorge. Alle noch bescheidenen Lebensbedürfnisse der armen Volksschichten sind den früheren Kleinorgen des Alltags zur Plage im proletarischen Haushalt geworden. Kaum daß der handarbeitende Familien-

vater soweit er nicht militärdienstpflichtig ist, noch weiß, über das Wie und Was im Familienhaushalt der fragenden Mutter mehr zu antworten. Die Einnahmen passen nicht mehr zu den Ausgaben. Es gibt ein Defizit, es reicht nicht mehr. Da sind die wenigen einflussvollen Teilnehmer doch noch kein Ausgleich. Hier muß die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter eingreifen.

Es müssen den sozialen Verhältnissen angepaßte Lohnverhältnisse geschaffen werden. Das ist die vornehmste gewerkschaftliche Kriegshilfe. Wir treiben praktische Gewerkschaftspolitik und bringen wirtschaftliche Hilfe. Dadurch kann und wird das geübte Familienleben der Arbeiter doch etwas gebessert, das Dunkel im proletarischen Haushalt doch einigermaßen behilflicht werden. Wenn der Arbeiter mehr Lohn hat, kann er mehr für seinen Haushalt verwenden und dem jetzt fast trostlosen Familienleben doch noch eine gute Seite abgewinnen. Man sollte auf der Seite des Besizzes nicht erst warten, bis das Familienleben des Arbeiters nur noch dem Schein nach da ist. Soweit es der Krieg nicht vernichtet hat, muß es doch wenigstens noch wirtschaftlich erhalten werden.

Wie oft konnte man in der alten, herrlichen Friedenszeit im bürgerlichen Schritten und Tageszeitungen lesen von dem „glücklichen Familienleben des braven Mannes mit der rauhen Arbeitshand“. Bei näherem Zusehen verblaßt dies gelobte Land des proletarischen Familienhaushaltes schon zur Friedenszeit zu einem verpfuschten, durch die sozialen Nöte verhungerten Lichtbild schönrednerischer Decolbürger. Und der Krieg hat die Sache noch trüber gemacht. Trotzdem gibt es noch geistig kurzsichtige, sonst aber ganz harmliche Menschen, die in jedem Verlust der wirklich bescheidenen Arbeiter, seine wirtschaftliche Lage etwas zu haben, gleich ein Kapitalverbrechen sehen. Während die guten Leuten alles daran setzen, daß ihre irdische Lebensbahn mit Sanft und Wacht gepflastert ist, ließen sie den armen Teufel über halbbrüderliche Lebenswege von Kindesfeinen an bis zum letzten Stündlein mühsam dahinschlurzen. Und doch hat auch der arme Mann ein Lebensrecht und nicht nur ewige Früchten. Dieses Recht will er durch ein anständiges Familienleben und das dazu nötige Einkommen führen. Die gewerkschaftliche Organisation muß ihm materielle Gehilfen dabei sein,

Aus den deutschen Gewerkschaften

Gewerkschaften und Verlegung der Sommerzeit. Das „Correspondenzblatt“ vom 9. März 1918 behandelt die Ergebnisse einer Umfrage über die Wirkung der neuen Sommerzeit bei den Gewerkschaften. Das Ergebnis in der Zusammenfassung erscheint uns äußerst mager. Es lautet:

In Gewerkschaftskreisen sind die mit der früheren Sommerzeit gemachten Erfahrungen schon öfters erörtert worden, ohne daß es zu einer abschließenden Beurteilung der Frage kommen konnte. In diesem Jahre hat die Generalkommission der Gewerkschaften bei den Verbandsvorständen eine Umfrage darüber veranstaltet, welchen Einfluß die frühere Sommerzeit auf die Gestaltung der Arbeitsverhältnisse ausgeübt habe, und welche Stellung die Organisation zur Einführung der Sommerzeit zu nehmen gedenke. An der Beantwortung dieser Umfrage haben sich 22 Vorstände beteiligt, während 26 sich zu den gestellten Fragen nicht geäußert haben. Zu den letzteren gehören eine Reihe großer Organisationen, wie die der Bauarbeiter, Textilarbeiter, Transportarbeiter und Gemeinde- und Staatsarbeiter, sowie die zur Bekleidungsindustrie zählenden Verbände. Aber auch die Äußerungen der an der Umfrage beteiligten Verbände sind fast durchweg sehr zurückhaltend, da die Mitgliedchaften in ihrer Mehrheit nicht selbst Stellung genommen hätten, könne man nur ein vorläufiges Urteil abgeben. Unbedingt für die jetzige Sommerzeit (d. h. um 1 Stunde früher) traten die Vorstände der Bildhauer, Fleischer, Gastwirtschaftlichen, Glaser, Handlungsgehilfen, Kupfer Schmiede, Lederarbeiter und Handarbeitnehmer, Lithographen und Steindrucker und Tabakarbeiter ein. Als Gegner der Einführung äußerten sich die Vorstände der Bergarbeiter, Brauerei- und Mühlenarbeiter, Putzmeister, Landarbeiter und Steinsetzer. Eine abwartende oder unentschiedene Stellung nehmen ein die Vorstände der Buchbinder, Buchdrucker, Fabrikarbeiter, Feuerturbinen, Holzarbeiter, Maler, Metallarbeiter und Tapezierer.

Es folgen dann die Angaben der einzelnen Verbände, die in der Tat wenig neue Gesichtspunkte ergeben und zumeist abwartend oder unentschieden sind. Bezeichnend ist z. B. die Antwort der Metallarbeiter, sie lautet:

„Die Frage kann abschließend kaum beantwortet werden. Sie hängt damit zusammen, wie in den einzelnen Betrieben Beginn und Ende der Arbeitszeit bisher gelegt war. Für die Metallindustrie besteht seit Beginn des Krieges in überwiegendem Maße Bedenken, in sehr vielen Fällen die sogenannte Tre-

schicht. Es dürfte deshalb den Metallarbeiter in ihrer über-großen Mehrzahl ziemlich gleichgültig sein, ob die Sommerzeit für das kommende Jahr wieder eingeführt wird oder nicht. Dem Vorstände unseres Verbandes sind irgendwelche Klagen über be-sondere Einwirkungen der Sommerzeit auf die Gestaltung der Arbeitsverhältnisse nicht bekannt geworden.“

Ähnlich liegen die Dinge auch in vielen Betriebszweigen der Gemeinden.

Zur Stuttgarter Gewerkschaftszersplitterung (über die wir in Nr. 10 berichteten), bemerkt das „Correspondenzblatt“:

„Diese Beschlüsse bringen eine erfreuliche Klarheit darüber, wohin die Reihe der Stuttgarter Unabhängigen gehen soll. Der erste gegen nur 6 Stimmen gefaßte Beschluß enthält unverhüllt den Anschluß an den Anarcho-Syndikalismus, der bereits in der Friede-berg-Kriterischen Fassung die „politisch-gewerkschaftliche Einheits-organisation“ verwirklicht hatte. Da die interprofessionellen Organi-sationen seit Kriegsbeginn das Heilige geirrt haben, war der zweite Beschluß nur die Monicierung des ersten, und die große Min-derheit, die sich gegen ihn ergab, wird nur dadurch verständlich, daß in den Kreisen der Unabhängigen eine gewisse Scheu vor der Zersplitterung der Gewerkschaften noch nicht ganz überwunden worden konnte. Somit hätte konsequenterweise für den zweiten Be-schluß stimmen müssen, wer dem ersten zugestimmt hatte. Die „Leipziger Volkszeitung“, die mit Schärfe gegen den zweiten Be-schluß zu Felde zieht und manches treffende Wort gegen die Zer-splitterung der Gewerkschaften findet, übersehen diesen Tatbestand. Sie will im Rahmen unserer Gewerkschaften für die Stuttgarter Prinzipien wirken und ist deshalb gegen die „Gründung einer neuen gewerkschaftlichen Kampforganisation“. Allein, diese Leip-ziger Auffassung ist haltlos. Denn unsere Gewerkschaften sind keine „politisch-gewerkschaftlichen Einheitsorganisationen“ und sollen es weder sein noch werden. Die parteipolitische Interessenvertretung der Arbeiter müssen sie nach wie vor der Sozialdemokratie über-lassen und sich auf die Wahrung der wirtschaftlichen Arbeiter-interessen im gewerkschaftlichen Rahmen beschränken. Wer die politisch-gewerkschaftliche Einheitsorganisation will, hat sich für den Syndikalismus entschieden und handelt dann nur folgerichtig, wenn er die Organisationshaltung betreibt. Die Stuttgarter Un-abhängigen haben sich ein Verdienst erworben, als sie diesen Tat-bestand vor aller Welt klar und deutlich entblöhten.“

Der Deutsche Textilarbeiterverband hatte im Jahre 1917 eine Mitgliederzunahme um 18405. Der Januar dieses Jahres hat eine Steigerung der Mitgliederzahl von 707 aufzuweisen. Ange-sichts der Tatsache, daß zahlreiche Betriebe der Textilindustrie zum Stillstand verurteilt sind, muß dieser organisatorische Erfolg als recht erfreulich bezeichnet werden.

Mit der materiellen Seite ist aber die Sache noch nicht abge-tan. Die Gewerkschaft hat auch ideale Grundsätze, moralische, also sittliche Vorzüge auf ihre Mitgliedchaft zu übertragen. Einer auf den andern, Glied an Glied an der geschlossenen Mitarbeiterkette. Hin-überwirken soll es bis ins Familienleben der Arbeiter. Das herzlich Schöne, menschlich Gute und geistig am meisten Vollkommene wollen wir pflegen und beschützen. Erkenntnis dieser sittlichen Schön-heiten ist erste Voraussetzung.

Sobald wir aber uns in geistiger Kultur praktisch höher bringen wollen, stoßen wir schon wieder auf den unüberwindlichen — wenig-stens in der heutigen Gesellschaft so wirkenden — Materialis-mus. Jedes Mittel zum Zweck höherer Bildung kostet Geld! Freilich kann man auch gute Bücher aus öffentlichen und Vereinsbiblio-then leihweise entnehmen. Der Arbeiter hat aber doch so gut wie über andere Mensch der heutigen Gesellschaft einen Anspruch auf den Besitz geistiger Hilfsmittel. Auch das Genießen eines geistig erhellenden, gehaltvollen Buches wird kein vernünftiger oder wenig-stens anständiger Zeitgenosse dem Arbeitsbruder wehren. Dieses Zugeständnis bedingt die Möglichkeit des Erwerbes des dazu nötigen Bargeldes. Hier kann aber nur der Lohn der Arbeiter in Frage kommen. Will man also das erste, die kulturelle geistige Höherent-wicklung des Proletariats, so muß man das zweite, die Entlohnung, die Geldeinläufe im Arbeiterhaushalt einfach höher stellen.

Wir Gewerkschafter wollen also nicht nur das leibliche Wohl-ergehen der proletarischen Familiengemeinde, sondern daneben soll auch das Zusammenleben der Glieder einer Familie geistigen Gehalt haben. In idealer Hinsicht kann auch hier manches Gute geschehen.

Vor allem bedürfen Kriegerfrauen in der harten Zeit dieser blutigen Weltwirren geistigen Beistand. Schwer lastet die Eilenhaft des Krieges auf das Familienleben der Arbeiter. Darüber hinweghelfen kann vor allem innere Festigung und geistige Ueber-reinheit. Banales Klatschwejen und aufgeblasenes Gepochter hat keinen Sinn. Darum muß das Gewerkschaftsleben hinüberwirken auch auf das geistige Gebiet im Arbeiterhaushalt. Heute ist klares Denken und ruhiges, sachliches Abwägen aller Vorkommnisse im Welt-

getriebe notwendiger denn je zuvor. Jeder einzelne muß Anteil nehmen am Gewerkschaftsleben der Gegenwart.

Hochhalten wollen wir die Pflicht unseres kollegialen Verhaltens allen Kollegen und besonders auch den Kolleginnen gegenüber, den jungen Ledigen und den graugewordenen Alten. Eine große Familie soll unsere Gewerkschaft sein.

Unergründliche aus dem Berufsleben in die Familie hineinzutragen, ist immer eine üble Angewohnheit. Manchmal sogar ein Libel. Dieses Libel läßt sich austrotten durch fleißige Mitarbeit in der Ge-werkschaft. Diese will ja alle Steine des Anstoßes im Berufsleben aus dem Arbeitsweg des Mitgliedes schaffen. Leichter und ange-nehmer, vertrauter und liebevoller will sie das Verhältnis zwischen Hüben und drüben gestalten. Mehr Lohn will die Gewerkschaft dem Arbeiter verschaffen und mehr freie Zeit. Beides ver-schönert das Familienleben des Arbeiters. Darüber kann sich das allereinfachste Gehirn bald klar sein. Wenn es will! Das Wort hat Gewicht. Der Wille zu einem schöneren Familienleben kann also durch die Mitgliedchaft bei der modernen Gewerkschaft ausgedrückt werden. Damit ist das Ziel gegeben. Wegbereiter und Brücken-bauer zur Erreichung des gesteckten Zieles müssen die zusammen-wirkenden Mitglieder unseres Verbandes sein. Sie müssen suchen, ausleben und hehrlichen an all den zielführenden Gängen und Straßen, bis sie in jedem Einzelfalle zur Verbesserung des Gesamt-haushaltes den rechten Weg gefunden haben. So entstehen uns Wegweiser und Richtlinien.

Immer müssen wir uns bewußt bleiben: was die Gewerkschaft am Einzelglied gutes tut, wirkt weiter hinaus bis ins Familienleben der Arbeiter. So war es im Frieden. Der graufige Krieg lehrt uns das selbe.

Sehen also kürzerliche Ideologen und Philanthropen im schönen, harmonischen Arbeiterhaushalt, im proletarischen Familienleben eine soziale Notwendigkeit, so müssen sie mit uns den Frieden wollen und eine leistungsfähige Arbeitergewerkschaft. Für uns ist die Ge-werkschaft Lebensnotwendigkeit geworden.

„Der Fachgenosse.“

Kriegstagung des Buchdruckerverbandes. Der Vorstand des Verbandes der Deutschen Buchdrucker beruft die IX. (außerordentliche) Generalversammlung zum 27. Mai nach Würzburg ein. Seit fünf Jahren ist das Verbandsparlament nicht mehr versammelt gewesen. Das Ableben des Verbandsvorsitzenden Emil Döblin und eine Reihe dringender Verbandsangelegenheiten machten die Einberufung des Verbandstages noch vor Beendigung des Krieges notwendig.

Rundschau

Streikbewegung und gleiches Wahlrecht. Als eine Wirkung der jüngsten Streikbewegung und der damit in der Öffentlichkeit verbundenen Erörterungen stellt sich ein Erlaß des Ministers des Innern an die Regierungspräsidenten dar, den auffälligerweise die „Abendpost“ Westfälische Zeitung“ zuerst zu veröffentlichen in der Lage ist. Wir geben nachstehend den in jeder Beziehung bedeutungsvollen Erlaß, der den Willen der preussischen Staatsregierung zur „rechtlichen Einlösung“ des Wahlrechtsverlasses vom 11. Juli vorigen Jahres ausspricht, im Wortlaut wieder. Er lautet folgendes:

„In letzterer Zeit hat in weiteren Kreisen der Bevölkerung annehmend die Meinung Raum gewonnen, es sei der Staatsregierung nicht vollen, nicht eindeutiger Ernst mit der Ausführung des Allerhöchsten Erlasses vom 11. Juli 1917, der die Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen in Aussicht gestellt hat. Diese in jeder Beziehung irrtümliche Meinung hat besonders in der Arbeitererschaft Verbreitung gefunden und dort eine begriffliche Erregung erweckt, deren sich die verbreiteten Elemente bedienen konnten, die den vergeblichen Versuch unternahmen, in einzelnen Städten der Monarchie Streikbewegungen, insbesondere in unserer Nahrungsindustrrie, in Gang zu bringen. Die überwältigende Mehrheit der Arbeitererschaft hat sich in der Erfüllung ihrer Pflicht nicht irre machen lassen, hat keine Notwendigkeit gesehen, sich aus Gründen innerpolitischer Vornehmigkeit an dem landesverräterischen Treiben, als das sich Arbeitsstellen während der Kriegszeit darstellen, zu beteiligen. Es ist damit zu rechnen, daß das gegen die vorbehaltenen Reformwille der Staatsregierung gewachte Mißtrauen an Ausdehnung gewinnt, wenn ihm nicht entgegengetreten wird, daß diejenigen, die in Streikbewegungen geeignete Mittel zur Durchsetzung ihrer besonderen politischen Pläne erblicken, das vorhandene Mißtrauen auszunutzen und es zu folgern versuchen werden.“

Bei der entscheidenden kriegspolitischen Bedeutung, die die

preussische Wahlrechtsvorlage gewonnen hat, muß ich mit Nachdruck fordern, daß die mir nachgeordneten Dienststellen die Politik der Staatsregierung unbedingt nach außen hin vertreten. Insbesondere erwarte ich von den Herren Regierungspräsidenten, daß sie, wo immer sich Gelegenheit bietet, mit aller Entschiedenheit betonen, daß die Staatsregierung mit unverminderter Entschlossenheit auf der Ausführung des Allerhöchsten Erlasses vom 11. Juli 1917 beharrt, daß sie festhält an ihrer wiederholt gegebenen Erklärung, an der Einführung des gleichen Wahlrechts alle verfassungsgemäß zulässigen Mittel zu setzen. Es trifft nicht zu, daß die durch nichts zu rechtfertigende Haltung der Verbände beider sozialdemokratischer Parteien anlässlich der Groß-Verlände, Streikbewegung, die Staatsregierung irgendwie an ihrem Mißtrauen irre gemacht hätte. Jede in dieser Richtung zielende Behauptung widerstreicht der Wahrheit. Die Staatsregierung versteht die Einführung des gleichen Wahlrechts nicht als eine Maßnahme, für deren Durchführung das Verhalten der sozialdemokratischen Partei maßgebend ist, sondern als die innerpolitische Konsequenz, die sich aus der offenkundigen, trennen und gebührenden Haltung des gesamten Volkes während der schweren Jahre der Not ergeben hat. Die Staatsregierung erkennt in keiner Weise an, daß durch die letzte Streikbewegung das Vertrauen in der Arbeitererschaft, das sie gerade mit der Wahlrechtsvorlage befestigt hat, eine Erschütterung erfahren hat, im Gegenteil erkennt sie in der patriotischen, pflichtbewußten Haltung der überwältigenden Mehrheit der deutschen Arbeitererschaft während des Streiks ein Verhängnis ihres Verrätens.“

Mit dem Wahlrechtsverlaß vom 11. Juli 1917 hat sich Seine Majestät der Könige selbst gegenüber den breiten Volksmassen verbindlich gemacht, und die Staatsregierung, mit ihr alle ihre Organe, haben es als oberste Pflicht des königlichen Dienstes anzusehen, die Verbindlichkeit des Königs zu reiflicher Einlösung zu erfüllen.“

In diesem Sinne erlaube ich die Herren Regierungspräsidenten, die Anführer der Staatsregierung zu vertreten und die nachgeordneten Dienststellen mit geeigneten Anweisungen zu versehen.“

Das entschiedene Eintreten des Ministers Dr. Drews für das gleiche Wahlrecht ist immerhin erfreulich. Die Wahlrechtsgegner wissen nun, daß die Regierung nicht zurück kann. Das wird sie freilich nicht abhalten, auch weiterhin sträflichen Anstrengungen das freie und gleiche Wahlrecht zu verhindern. Es muß wieder Aufgabe der Arbeiter werden, dagegen mit ganzer Kraft zu wirken und so der Politik der Sozialdemokratie die nötige Resonanz zu geben.

Esel und Duffeln.

Eine Fabel. — Es war einmal ein reicher Mann, der hatte ein Stück Land, auf dem ein Maultier*) weidete. „Ich werde dich einschirren“, sagte der Mann zum Maultier, „und dich dieses Land pflügen lassen, um Melonen darauf zu pflanzen, welche ich so sehr liebe, während die Stengel dich reichlich mit Nahrung versehen werden.“ — Das Maultier erwiderte hierauf: „Wenn ich einwillige, zu diesen Bedingungen zu arbeiten, wirst du alle Melonen haben und mir wird es schlimmer ergehen als jetzt, da ich trockene Stengel zu fressen haben werde, statt frisches Gras. Ich werde es daher nicht tun.“ — „Wie unvernünftig du bist“, meinte der reiche Mann, „dein Vater hatte nie andere Nahrung als Duffeln und arbeitete doch 12 Stunden und mehr den Tag, ohne Murren.“ — „Leider ist das wahr“, erwiderte das Maultier, „aber du weißt doch auch, daß mein Vater ein — Esel war.“ — Was mit dieser Fabel gesagt sein soll? Sehr einfach. Es gibt Arbeiter, die nicht so klug handeln wie das Maultier in dieser Fabel, sondern wie dessen Vater, der Esel. Sie würden auch noch 12 Stunden arbeiten, wenn ihre Mitarbeiter es zuließen, und auch noch die Sonn- und Festtage hindurch. Alles in der Annahme, daß der Mensch, je mehr er arbeite und sich schinde, um so eher und besser vorwärts käme. Nichts törichter als ein solcher Gedanke. Hast Du, lieber Kollege, schon einen Menschen kennen gelernt, der durch übermäßiges Schuften und Schinden sich ein Vermögen erworben hätte? Du kannst lange suchen und wirst doch keinen finden. Wohl aber das Gegenteil. Lange Arbeitszeit und niedriger Verdienst sind in der Regel beizammen zu finden, während umgekehrt die kürzere Arbeitszeit den höheren Lohn nach sich zieht. Nun soll natürlich nicht gesagt sein, daß der Mensch bei der Arbeit faulenzeln soll. Nein, fleißig und umsichtig in der Arbeitszeit zu sein, gehört sich. Es muß vollständig überflüssig sein, daß ein sogenannter „Antreiber“ notwendig ist, so daß die Arbeit rechtzeitig fertiggestellt wird. Doch der Mensch soll nicht unter das Tier sinken. Er soll sich immer bewußt bleiben, daß er ein

Mensch ist, als solcher Ansprüche an das Leben zu stellen hat. Ein gelehrter Mann, namens Fichte, hat mal folgenden Ausspruch getan: „Der Mensch soll arbeiten, aber nicht wie ein Lasttier, das unter seiner Bürde in den Schlaf sinkt und nach der notwendigen Erholung zum Tragen derselben Bürde wieder aufgestört wird. Er soll angestrengt mit Lust und Freudigkeit arbeiten und Zeit übrig behalten, seinen Geist und sein Auge zum Himmel zu erheben, zu dessen Anblick er gebildet ist.“ — Der Mensch soll immer vor Augen haben, daß er arbeitet, um zu leben, nicht aber, daß er lebe, um zu arbeiten. Der Fleiß kann auch dem Menschen zum Fluche werden. Denn der Mensch, der unter der Last einer zu langen Arbeitszeit dahinsinkt, verkommt an Körper und Geist. Er stumps ab, wird gleichgültig gegen Gut und Böse. Er verliert das Gefühl, um den Druck, der auf ihm lastet, als eine Erniedrigung zu fühlen, hat kein anderes Bedürfnis, als Ruhe. Setzt sich ein solcher Mensch hin, um mal etwas Vernünftiges zu lesen, dann schläft er in der Regel darüber ein. Solche Menschen sind nichts weiter als Arbeitstiere, sie verlieren das Gefühl ihrer menschlichen Würde. Aber der Mensch geht aufrecht, aufrecht soll aber auch der Sinn sein. Sauber und freundlich wohnen, anständig sich kleiden, satt und gut zu essen haben, sind die Forderungen, die der Arbeiter zuerst aufstellen muß. Und dann ist notwendig eine geregelte, kurze Arbeitszeit, um eine Arbeiterzeitung und ein gutes Buch zu lesen, um sich weiter zu bilden. Wer sich erst hieran gewöhnt hat, der fühlt erst, was es heißt, Mensch zu sein. Dann sehen Frau und Kinder froh zu Vater auf. Und Vater ist dann nicht mehr Maultier, nicht Esel, sondern — Mensch. Es werden zu wollen, dazu sollte bei allen, die es in diesem Sinne noch nicht sind, die Fabel anregen.

„Der Mehrwert . . . ist seiner Substanz nach Material unbzahlter Arbeitszeit. Das Geheimnis von der Selbstverwertung des Kapitals löst sich auf in seine Verfügung über ein bestimmtes Quantum unbzahlter fremder Arbeit.“

*) Eine Kreuzung von Pferd und Esel.

Vormarsch der Wohnungsreform. Das wir auch im Wohnungswesen über harten Zeiten entgangen, ist leider sicher. Aber es scheint, daß uns wie auf so vielen Gebieten so auch hier gerade die Not vorwärts treibt zu größeren Reformmaßregeln, die wenigstens allmählich eine stärkere Pufferung hofft lassen, denn ein harter Vormarsch der Wohnungsreform ist zurzeit unvertennbar. Das preussische Wohnungsgesetz, das am 8. März vom Herrenhaus endgültig verabschiedet worden war, bringt in seiner neuesten Fassung eine Reihe recht bemerkenswerter Fortschritte. An zahlreichen Orten rühren sich die Gemeinden; insbesondere sucht man durch Gründung kommunaler Wohnungsämter sich für die kommenden Aufgaben zu wappnen. In einem großen Teile Deutschlands ferner sind jetzt große gemeinnützige Siedlungsgesellschaften gegründet worden oder in der Bildung begriffen, um die praktische Siedlungstätigkeit in die Hand zu nehmen. Vor allem aber ist auch in finanzieller Beziehung in die bisherige grundrätlich abschleimende Haltung des Staates Freizüge geschlagen worden. Nachdem beim preussischen Wohnungsgesetz sich der preussische Staat bereit erklärt hat, staatliche Geldmittel auch für die Verwirklichung des allgemeinen Wohnungsbedarfs, nicht bloß die des Bedarfs durch staatlichen Arbeiter, Angestellten und Beamten, einzusetzen, hat neuerdings auch der Reichsanwalt v. Pappe in seiner Entschloßung am 25. Februar die gleiche Bereitwilligkeit auch für das Reich erklärt. Nach seinen Mitteilungen ist das Reich nunmehr bereit, die Einzelstaaten und Gemeinden bei ihren Bestrebungen zur Bekämpfung der Wohnungsnot usw. nicht bloß organisatorisch, sondern auch finanziell zu unterstützen. Das ist ein sehr bedeutsamer Fortschritt, denn bisher hatte das Reich in dieser Beziehung immer nur ein starres Veto. Sollten wir, daß der guten Abicht nun auch bald die tatsächliche Verwirklichung folgt.

Der Städtetag gegen die Wohnungsnot. Im Berliner Rathaus verhandelte dieser Tage ein gemeinschaftlicher Ausschuss des deutschen und preussischen Städtetages über die Fragen, die sich auf die Bekämpfung der mit Kriegsende zu erwartenden Wohnungsschwierigkeiten beziehen. In den Beratungen nahmen auch Stadtbauräte und Städteverwalter teil. Man ging davon aus, daß mit einem Wohnungsmangel gerechnet werden müsse, daß es jedoch schwierig sei, jetzt schon zu sagen, in welchen Städten sich die Schwierigkeiten besonders zeigen würden. Es wurde beschlossen, an den Reichstag mit der dringenden Bitte heranzutreten, Reichsmittel zur Verfügung zu stellen, um die Hebertsteuerung der nach Kriegsende errichteten Bauten auszugleichen. Außerdem sollten Maßregeln erbeten werden, um die Preisbildung der wichtigsten Baustoffe zu angemessenen Preisen, besonders für den Kleinstwohnungsbau, zu sichern.

Die Kleidernot. Die Verhältnisse in der Versorgung der Bevölkerung mit Kleidung — Wäsche, Oberkleider, Schuhwerk — werden immer unerträglicher. Mit der Knappheit würde man sich wie mit mancher anderen Kriegserscheinung schließlich abfinden, namentlich wenn man die Hebertzergung haben dürfte, daß das wenige vorhandene denen erreichbar wäre, die es eben am nötigsten haben. Aber leider hat die Reichsbekleidungsstelle mit allen ihren Maßnahmen nur erreicht, daß die Preise sich nicht wie verdoppelt und verdreifacht, sondern verzehnfacht haben und daß trotz des vielleicht glänzlich erlangten Bezugsscheines die Ware für diejenigen, die ihre am meisten bedürfen, nicht da ist, weil entweder die Preise in einem so argen Verhältnis zu den Einnahmen der Verbraucher stehen oder weil die Mänter nicht in der glücklichen Lage sind, "Gegenleistungen" in Gestalt von Butter und anderen beachtenswerten Dingen anbieten zu können. Gerade im Kleider-, Wäsche- und Schuhhandel blüht ja das Tauschgeschäft — natürlich will keiner die Verantwortung dafür tragen: die Landwirte beklagen sich, daß sie ohne Tauschhandel von den Maulseuten nichts bekommen, die Mänter, die weder Landwirte noch Maulseute sind, beklagen sich, daß ihnen die Landwirte das Leben durch die Hebertverführung des Tauschhandels zu erschweren. Aber die Reichsbekleidungsstelle hat doch die mögliche Arbeit geleistet, hat Hilfswerkstätten errichtet, die Erstarbeiter-Industrie gefördert, Ausstellungen veranstaltet; aber unterläßt, in denen die Schaffung von "Werten aus Wertlosen" durchgeführt wird und außerdem eine Fülle von Ermahnungen an die Bevölkerung gerichtet, durch die die Verbraucher zur äußersten Sparsamkeit, zur schonenden Behandlung der Wäsche, zur Umverteilung aller Kleidungsstücke in neue aufgefördert werden. Gewiß, an solcher Arbeit hat es nicht gefehlt, nur daß die Bestände der Hilfswerkstätten und auch die "Hilfskleider" nur wie ein Tropfen auf den heißen Stein wirken können, daß die Erstarbeiter (Papiergewebe) durch ihre hohen Preise fast zu den Kuriositätenländern zu rechnen sind, daß man den Hausfrauen keine Ratmittel zur Verfügung stellt, durch die die Wäsche tatsächlich gespart werden kann, und daß man ihnen endlich das notwendige Nähmaterial, durch das allein sie doch noch in der Lage sind, immer wieder auszubessern, Alles in Reines zu verwandeln, nicht liefert. Mit der Erhaltung und Bewirtschaftung der Kleider allein ist es nicht geüben, die Hausfrauen müssen etwas mehr als nur den Verteilungsplan davon zu sehen bekommen. Wie gelangt, an Kleiderarbeit hat es die Reichsbekleidungsstelle nicht fehlen lassen, nur vor der Anwendung des einzigen Mittels, das den unerträglichen Ver-

hältnissen ein Ende machen könnte, hat sie sich noch immer geäußert, vor der Beschlagnahme und öffentlichen Verwertung der Kleider, Wäsche und Schuhe. Vor dem "Möglichkeit", daß der Handel solchen Eingriff naturgemäß entgegensetzt, ist man immer wieder zurückgewichen. Dabei war es von vornherein klar, daß die Einführung des Bezugsscheines ohne Beschlagnahme der Bestände nur eine Halbheit bleiben machte. Es war ja keinerlei Sicherheit dafür vorhanden, daß tatsächlich die bezugscheinpflichtigen Waren nur auf Bezugsscheine abgegeben wurden. Man kann denn auch bis heute noch die Erfahrung machen, daß nicht einmal wenige Händler, Schneider usw. sich bereit finden lassen, an gut bekannte oder gut zahlende Kunden ohne den Schein die gewünschten Gegenstände zu verabsorgen. Das Mißtrauen für die Hebertzergungen der Bestimmungen muß natürlich der Verbraucher in Gestalt höherer Preise zahlen und wir haben hier wahrscheinlich einen der Gründe für die ins Absehbare gehenden Preissteigerungen gerade auf dem Gebiete des Textilwarenhandels. In Friedenszeiten rechnete man mit einem Kleinsthandelsaufschlag von 33 1/2 bis 50 Proz., dessen Höhe begründet wurde mit dem Risiko, das mit diesem Handel in Anbetracht des raschen Modewechsels verbunden war. Von solchem Risiko kann heute gar keine Rede mehr sein. Jede Ware findet ihren Käufer und um so leichter, je älter sie ist, weil dem durch trübe Erfahrungen gewohnten Verbraucher heutzutage mehr an Friedens- als an Kriegsdernen Stoffen liegt. Ganz unbegründet aber ist es, wenn jetzt, da die Preise auf das Zehn- und Zwanzigfache des Friedensstandes gestiegen sind, der gleiche Prozentsatz für die Inkosten beibehalten wird, so daß für ein Meter Stoff, das früher 8 Mk. im Kleinsthandel kostete und bei dem der Bruttonutzen des Händlers etwa 2,50 Mk. betrug, heute 25 Mk. speien berechnet werden. Es ist allerhöchste Zeit, daß diese Kalkulationsgrundzüge durch die Preisprüfungsstellen und das Kriegswunderamt einer Nachprüfung unterzogen werden. Und es ist einfach unverständlich, wie die Reichsbekleidungsstelle den Händlern diesen unerbittlich hohen Ruben zubilligen kann für die Kleidungsstücke, die der minderbemittelten Bevölkerung zur Verfügung gestellt werden sollen. Es heißt neuerdings, daß man zur allgemeinen Beschlagnahme entschlossen sei. Viel ist ja freilich nicht mehr zu retten, aber man kann wenigstens noch Schlimmeres für die Verbraucher verhüten. Es ist allerhöchste Zeit, daß die Reichsbekleidungsstelle die berechtigten Ansprüche der Verbraucher auf eine den Verhältnissen angepaßte Versorgung mit Kleidung und Schuhwerk zu erschwinglichen Preisen allen anderen Rücksichten überordnet.

Friedensverträge und internationaler Arbeiterschutz. Die "Soz. Praxis" schreibt: In die Freude über den ersten Friedensschluß in diesem Weltkrieg, der zwischen dem Deutschen Reich und dem neuen Staat der Ukraine freundschaftliche Beziehungen herstellt, mischt sich für den Sozialpolitiker ein keines Bedauern: in dem ganzen Vertrag ist mit keiner Silbe der gegenseitigen Sicherung des Arbeiterschutzes gedacht. In genauen, sehr eingehenden Vereinbarungen werden die Wirtschafts- und Rechtsbeziehungen der beiden Staaten, sowie ihrer Angehörigen geregelt. Sehr erfreulich, sehr nützlich und notwendig! Aber um so bedauerlicher ist es, daß eine Klausel, die der gewerblichen Arbeiterschaft beider Länder ein gewisses Mindestmaß von gleichartigem oder gleichwertigem Schutz für Leben, Gesundheit, Sittlichkeit sichert, völlig fehlt. Weder haben die Diplomaten, noch der Bundesrat und der Reichstag dafür ein Wort gefunden. Wir glauben gar nicht, daß hier irgendwelche bestimmte Absicht vorhanden ist: man hat eben einfach nicht daran gedacht. Und doch liegen Präzedenzfälle vor, wie z. B. frühere Handelsverträge derartige Zusicherungen enthielten, und die Eingaben der Gesellschaft für Soziale Reform und der Gewerkschaften, die für die Friedensverträge solche internationalen Arbeiterschutzklauseln fordern, hätten auch an die grundsätzliche Bedeutung einer solchen Maßnahme mahnen sollen. Man hat diese Eingaben vermutlich von einer Antistube in die andere geschoben und schließlich vergesen; wenigstens hat die Gesellschaft für Soziale Reform zwar eine Empfangsbekundigung aus der Reichskanzlei, aber weder vom Auswärtigen noch vom Reichswirtschaftsamt erhalten. Nun ist's zu spät für die Ukraine — eine der vielen verpaßten Gelegenheiten in der Sozialpolitik! Aber nicht zu spät für den Friedensschluß mit anderen Staaten, — und deshalb bringen wir unsere Eingabe hier nochmals in Erinnerung und bitten Reichsregierung und Reichstag, die Wichtigkeit solcher Arbeiterschutzklauseln als eines Kulturdokuments nicht zu unterschätzen. — In der Tat liegt hier eine große Unterlassung vor.

Zusammenschluß der Kriegeschädigtenorganisationen. Die Kriegeschädigtenbewegung ist noch vollkommen im Aufst. Aus einem spontanen Bedürfnis hervorgegangen, hat sie ziemlich gleichzeitig die verschiedenartigsten Organisationsgebilde ins Leben gerufen. So entstanden bereits in den Jahren 1916/17 in Hunderten von Städten lokale Kriegeschädigtenvereine. Ein großer Teil von ihnen wurde von den inzwischen gegründeten zentralen Organisationen aufgezogen, ein anderer besteht noch fort oder hat sich mit Nachbarvereinen zu kreisübergreifenden Bezirken oder Landesverbänden zusammengeschlossen. An größeren Organisationsgebilden befinden sich zurzeit drei: Der Bund der Kriegeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer (als Berlin) mit über 200 Ortsgruppen, der sich an die Arbeiter-, Angestellten- und Beamten-

mit
e ten
ung
sonder-
sie, wo
elonen.
zeit auf
1917
Erfä-
le ver-
ich zu
nungen
Beräme,
im M.
zielend.
gietung
als ein-
Der so
immer-
ten und
dieren
ent in
as Ver-
birechts
Gegen-
ung de-
während
Seine
schaffen
alle ihre
ites an-
enlösung
sprüf-
und de-
zu ver-
für das
sagenen
wird sie
m gegen
der Auf-
u wider-
nanz zu
llen hat
Auspruch
stier, das
bedingsten
wird. Er
übrig be-
leben, zu
or Augen
e, um zu
werden.
Arbeitszeit
ab, wird
um den
hat kein
hin, um
egel dar-
stiere, sie
r Mensch
über und
en haben.
uß und
eine Ar-
zu bilden
t, Mensch
em Sinne
Materialur
erwertung
bestimmtes
Borr.

Organisationen anlehnt, ferner der Verband der wirtschaftlichen Vereinigungen Kriegsbeschädigter (Sib Essen), mit etwa 240 Ortsgruppen, der nach seinem bisherigen Verhalten als eine Parallelerscheinung zu der gelben Bewegung angesehen werden muß, und ein Hamburger Bund von unbestimmter Färbung, der den beiden anderen Organisationen an Ausdehnung erheblich nachsteht. Bei dem Größenverhältnis zwischen dem Berliner Bund und dem Essener Verband ist zu beachten, daß der Essener Verband seit anderthalb Jahren, der Bund dagegen erst seit einem halben Jahre öffentlich agitiert. Schließlich gibt es noch zwei Verbände der Kriegsblinden mit dem Sib in Berlin und Hamburg. Die Kriegsbeschädigten betrachten diese Zerstückelung ihrer Bewegung natürlich nicht als einen Vorteil und suchen eine größere Vereinheitlichung herbeizuführen. Ein von dem Essener Verband im Herbst vorigen Jahres auf einer Hannoveraner Konferenz unternommener Einigungsversuch ist, hauptsächlich aus dem Grunde, weil seine Veranstalter eine Einladung des Bundes der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer zu der Konferenz unter wichtigen Vorwänden unterlassen hatten. Nunmehr hat dieser die Einigungsarbeit mit Erfolg in die Hand genommen. In Hamburg fanden vor kurzem Verhandlungen zwischen Vertretern des Berliner Bundes, des Hamburger Bundes und einiger größerer Lokalvereine, ferner auch der Hamburger Blindenorganisation statt. Das Ergebnis der Verhandlungen war der gemeinsame Entwurf einer Satzung. Diese soll dem zu Eltern in Bismarck tagenden Bundestag des Bundes der Kriegsbeschädigten und ehem. Kriegsteilnehmer zur Beschlußfassung vorgelegt werden. An diesem Bundestag werden sich aber bereits sämtliche bei der Konferenz vertretenen Organisationen zwecks Schaffung einer Einheitsorganisation beteiligen, so daß der Bundestag gemeinschaftlichen Charakter tragen soll. Ferner werden auf ihm noch verschiedene andere Lokal- und Bezirksvereinigungen als Gäste vertreten sein, deren Anschlag bei gutem Ergebnis der Verhandlungen zu erwarten ist. So besteht die Hoffnung, daß der jetzigen Zerstückelung der Kriegsbeschädigtenbewegung in kurzer Zeit Einhalt getan wird, und eine starke leistungsfähige Einheitsorganisation hervortritt.

Warum verhöht man die Bronzedenkmäler? In der Frankfurter Zeitung weist Eugen Maltzborn darauf hin, daß die Markierglocke des Kölner Domes zum letztenmal das neue Jahr eingeläutet hat, daß sie zerstückelt werden werde, um in hunderttausend Granaten aufzusprengen. Bei dieser Gelegenheit erneuert er den schon wiederholt ergangenen Hinweis darauf, daß selbst diese ehernen Zeit sich an unsere vielgeliebten Denkmäler nicht heranwage. Er sagt dann weiter: „Warum nicht? Ja, das ist eben die Frage, auf die es bisher keine Antwort gegeben hat; auf die aber geantwortet werden muß, wenn wir schon einmal auf dem Kletterwege in die höchsten Glockentürme des Reiches sind. Warum gemischen die Mächtigsten, die niemand's Augen beleidigen, manche Herzen aber zum Himmel wenden helfen, warum auch sie die Ehre, fürs Vaterland dahinzuschmelzen, ehe die tausend Tausend Denkmäler zum Gedenksdienst einberufen sind? Die patriotisch geschwollenen Reden und Standfiguren hätten als die Ersten die Pflicht dazu. Das tausendfältige allegorische Gebrüll der Beunruhigten und Bruchstücke käme gleich hinterher, denn sie haben kaum weniger gut; Bronze verliert sich. Vor den berühmten Söhnen der Vaterstadt dürfte nicht Halt gemacht werden. Unter all diesen plattischen Helden unserer Städte und Numismaten ist ein so erheblicher Haufen mitgeraten schon von Geburt an, daß die Verteilung von diesem monumentalen Stumpfsinn eine große Wohltat wäre. Weshalb wird sie uns vorenthalten? Fürchtet man, dynastische oder vaterländische Gefühle zu entwurzeln dadurch, daß man die vergänglichsten und zum Teil minderwertig gestalteten Symbole dieser Gefühle den erhabenen Zwecken des Vaterlandes opfert? Maltzborn; und die vielen anderen, die schon diese Forderung erhoben haben, haben ohne Zweifel recht. Ein sehr großer Teil der Denkmäler besteht aus überflüssigem Durcheinander und dient den Büffeln den Klauen der deutschen Städte nur zur Unruhe. Wenn schon leider noch immer Munition in Massen gemacht werden muß, so wäre es für die mehr oder weniger „schon“ geratene Bronzemännlein und -weiblein usw. sozusagen ein Begräbnis erster Klasse, wenn sie bei dieser Gelegenheit in den Schmelztiegel wandern müßten.“

◆ Eingegangene Schriften und Bücher ◆

„Die Zele“ (aus Dichtung, Wissen und Leben). Wochenchrift, Stuttgart. (Herausgabe und Zeitschriftleitung: Erich Käger.) Heft 1-6. Eine ungemein reichhaltige, aber übersichtlich angeordnete Zeitschrift, die besten erzählenden, spannend-unterhaltenden und fesselnd belehrenden Stoff bringt, was sie bei der Knappheit der Tageszeitungen besonders begehrt macht. Der Preis für das Halbjahr beträgt nur 4 M., Einzelnummern 20 Pf., Probenummern kostenlos.

Geht ihm . . .

„Derr Doktor, sagt, wie seht's um meinen Mann?“
 „Tragt an der Türe noch in lesem Bange
 Die arme Frau, auf deren bleichen Wangen
 Die Sorgenräne brennend uiberrann.“

„Ja, liebe Frau,“ bedenkt er begann,
 „Die jetzt ist's wohl erträglich noch gegangen,
 Doch hat die Krise kaum erst angefangen
 Und schwach, von Kräften sehr ist euer Mann.“

Geht ihm ein Schnippen, rührt ein Ei hinein,
 Geht täglich ihm ein Stüdchen guten Braten
 Und ab und zu ein Stüdchen guten Wein.“

— Der Doktor ging, nachdem er so geraten. —
 Die arme Frau steht still im Raum allein
 Und stüert bang: „Ein Schnippen, Wein und Braten.“ —

Holff Naepfe.

Totenliste des Verbandes.

- | | |
|---|--|
| P. E. Galdauf, Chemnitz
Eisenbahler
† 4. 3. 1918, 43 Jahre alt. | Konrad Kühl, Darmstadt
Straßenreiniger
† 8. 2. 1918, 60 Jahre alt. |
| Ludwig Goltzer, Berlin
Eisenarbeiter
† 27. 2. 1918, 62 Jahre alt. | August Schmidt, Linden
Arbeiter
† 15. 2. 1918, 62 Jahre alt. |
| Johann Eggers, Lehe
Gasarbeiter
† 26. 2. 1918, 38 Jahre alt. | Hugo Seiserl, Berlin
Gasarbeiter
† 4. 3. 1918, 66 Jahre alt. |
| Max Fgld, München
pens. Vaternenwärter
† 1. 3. 1918, 66 Jahre alt. | H. Strobel, Plauen i. V.
Straßenreiniger
† 28. 2. 1918, 57 Jahre alt. |
| H. Heinemann, Braunschweig
Steuerbote
† 15. 2. 1918, 66 Jahre alt. | Joh. Strohmeyer, München
Heizer
† 5. 3. 1918, 55 Jahre alt. |
| Heinrich Kraus, München
pens. Vaternenwärter
† 6. 3. 1918, 81 Jahre alt. | Adam Weber, Darmstadt
Schreiner
† 8. 2. 1918, 61 Jahre alt. |
| Vitus Siebl, München
Arbeiter
† 5. 3. 1918, 51 Jahre alt. | Wilhelm Weser, Weihen
Invalide
† 24. 2. 1918, 73 Jahre alt. |
| Ewald Menbert, Werdan
Straßenarbeiter
† 26. 12. 1917, 39 Jahre alt. | H. Winkler, Nürnberg
Gasarbeiter
† 27. 2. 1918, 56 Jahre alt. |



Opfer des Weltkrieges:

- | | |
|--|---|
| Karl Brünning, Berlin
am 2. Januar 1918 im Alter
von 44 Jahren gefallen. | Max Lehmann, Leipzig
am 23. Februar 1918 i. Alter von
32 Jahren i. Lazarett gestorben. |
| Wilhelm Brünning, Berlin
am 5. Dezember 1917 im
Alter von 32 Jahren gefallen. | Karl Volk, Cassel
am 7. August 1915 im Alter
von 33 Jahren gefallen. |
| Paul Handke, Berlin
am 2. Februar 1918 im Alter
von 39 Jahren gefallen. | Bruno Reinhold, Breslau
am 19. November 1917 im
Alter von 30 Jahren gefallen. |
| Karl Linde, Berlin
am 1. März 1918 im Alter
von 36 Jahren gefallen. | Gust. Wilhelm, Magdeburg
am 27. Dezember 1917 i. Alter v.
31 Jahren i. Lazarett gestorben. |

Obere ihrem Andenken!